

Medienkonferenz vom 7. April 2014

(es gilt das gesprochene Wort)

Projekt „Soziale Gerechtigkeit“

Philipp Hadorn, Nationalrat, SP Mobile: 079 600 96 70

Präsident Solothurner Komitee „Ja zur Mindestlohninitiative“ (MiLoSO)

Zentralsekretär der Gewerkschaft des Verkehrspersonals SEV

Mitglied der Geschäftsleitungen des Gewerkschaftsbundes Kanton Solothurn und der SP Kanton Solothurn

Das Solothurner Komitee „Ja zum Schutz fairer Löhne“ (MiLoSO) stellt heute der Öffentlichkeit seine Argumente vor. Das Initiativprojekt wurde von den Delegierten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes bereits im Jahre 2010 beschlossen und am 23. Januar 2013 mit 112'301 gültigen Unterschriften eingereicht. Was bereits bei den Diskussionen um die Lancierung dieses Projektes dargelegt wurde, zeigte sich auch während der Unterschriftensammlung: Die Bevölkerung der Schweiz findet es krass ungerecht, wenn Menschen trotz einem Vollzeitjob in unserem Land keine Chance haben, damit ihren Lebensunterhalt selbständig zu bestreiten. Darauf bietet die Mindestlohn-Initiative eine konkrete Antwort.

Vergangene Woche konnte ich an den kantonalen Parteitag der FDP und CVP des Kantons Aargau vor deren Parolenfassung das Pro-Referat zur Mindestlohninitiative halten und an den anschliessenden Diskussionen mitwirken. Im Kontraplädoyer machte ein Referent geltend, dass die Mindestlohn-Initiative nur ein Element im Einsatz der Gewerkschaften und deren Verbündeten für mehr soziale Gerechtigkeit in unserem Land sei.

Geschätzte Anwesende, ja, exakt so ist es. Gewerkschaften und andere fortschrittliche Kreise aus Politik, Kirchen und sozialen Bewegungen haben exakt das Ziel, unserer Gesellschaft neu die Bedeutung der „Werte“ des sozialen Ausgleiches, des sozialen Friedens und der Mässigung bei Löhnen, Bezügen, Erbschaften und Reichtum vor Augen zu führen.

Die Mindestlohninitiative greift dabei ein entscheidendes Element auf: Arbeit darf und muss sich lohnen ... und dies für die persönliche Entwicklung und Entfaltung, für die persönliche Einkommenssituation und auch für unsere Volkswirtschaft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

In meinem Jus-Studium lernte ich, dass gesellschaftliche Entwicklung und gesellschaftliches Verständnis in einem anhaltenden Entwicklungsprozess stehen, welche sich schlussendlich in Gesetzen ausdrücken. Denken wir an die Bestimmungen zu Höchstarbeitszeiten, Ruhezeiten und Ferienansprüchen. Selbstverständlich waren es Gewerkschaften mit Unternehmungen, welche sich über eine Anzahl Ferientage einigten. Später definierten die Gewerkschaften mit Branchenverbänden die Ferienansprüche, die dann in Gesamtarbeitsverträgen festgehalten wurden.

Medienkonferenz vom 7. April 2014

... und dann ging es noch ziemlich lange, bis diese Standards im Gesetz garantiert wurden - zum Schutz der Arbeitnehmenden wie auch im Interesse der Arbeitgebenden, damit alle Anbieter gleich lange Ellen hatten. Nur noch die zaudernden und zögerlichen Arbeitgeber wurden dadurch zu Anpassungen gezwungen.

Diese Entwicklung braucht es jetzt auch bei den Mindestlöhnen. Was Ketten von Lebensmitteldetaillisten für den erfolgreichen Markteintritt in die Schweiz schon schafften, werden wohl auch die übrigen in unserem Land tätigen Branchen einhalten können: Nämlich einen anständigen Mindestlohn.

Ja, es stimmt, das Projekt für mehr soziale Gerechtigkeit ist lanciert, nicht erst seit der Mindestlohninitiative, dies ist aber ein wichtiger Bestandteil davon.

Die KollegInnen an meiner Seite werden sich jetzt differenziert zu ausgewählten Bereichen der Mindestlohninitiative äussern.

Im Anschluss an die Referate folgt meine kurze Zusammenfassung und wir alle stehen dann auch für weitere Fragen zur Verfügung.